



A6

# Antrag

**Initiator\*innen:** KV Wolfenbüttel/Salzgitter (dort beschlossen am: 28.04.2026)

**Titel:** **Kommunales Ehrenamt fair entlohnen –  
Einheitliche Standards für  
Aufwandsentschädigungen**

---

## Antragstext

1 Die Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Niedersachsen möge  
2 beschließen:

3 Die Grüne Jugend Niedersachsen setzt sich gegenüber der Landtagsfraktion von  
4 Bündnis 90/Die Grünen sowie der Landesregierung dafür ein, landesweit  
5 einheitliche und verbindliche Standards für die Aufwandsentschädigungen  
6 kommunaler Mandatsträger\*innen zu schaffen.

7 1. Landesweite Mindeststandards einführen

8 Wir fordern die Einführung verbindlicher Mindeststandards für  
9 Aufwandsentschädigungen in kommunalen Vertretungen, die sicherstellen, dass  
10 politisches Engagement unabhängig vom Wohnort angemessen honoriert wird.

11 Diese Standards sollen insbesondere:

12 -eine existenzielle Absicherung des Ehrenamts gewährleisten

13 -soziale Ungleichheiten beim Zugang zu kommunalpolitischem Engagement abbauen

14 -die Vereinbarkeit von Mandat, Beruf und Familie verbessern

15 2. Ungleichheiten zwischen Kommunen abbauen

16 Derzeit bestehen erhebliche Unterschiede in der Höhe der Aufwandsentschädigungen  
17 zwischen niedersächsischen Kommunen.

18 Diese Ungleichheit führt dazu, dass:

19 -politisches Engagement je nach Wohnort unterschiedlich wertgeschätzt wird

20 -Menschen mit geringem Einkommen strukturell benachteiligt werden

21 -kommunale Mandate für viele faktisch unzugänglich bleiben

22 Diese Unterschiede wollen wir deutlich reduzieren.

23 3. Transparente und nachvollziehbare Regelungen

24 Wir fordern ein landesweites System, das:

25 -klare Berechnungsgrundlagen für Entschädigungen definiert

26 -Faktoren wie Einwohnerzahl, Arbeitsaufwand und Verantwortung berücksichtigt

27 -regelmäßig überprüft und angepasst wird

## **Begründung**

Kommunalpolitisches Engagement ist ein zentraler Bestandteil unserer Demokratie. Dennoch erfolgt es überwiegend ehrenamtlich und unter sehr unterschiedlichen Bedingungen.

Während einige Kommunen vergleichsweise angemessene Aufwandsentschädigungen zahlen, erhalten Mandatsträger\*innen in anderen Kommunen nur sehr geringe Beträge.

Diese Ungleichheit steht im Widerspruch zu dem Anspruch gleichwertiger Lebensverhältnisse und demokratischer Teilhabe.

Wer sich kommunalpolitisch engagiert, übernimmt Verantwortung für die Gesellschaft. Dieses Engagement darf nicht davon abhängen, ob man es sich leisten kann.

Einheitlichere Aufwandsentschädigungen sind daher ein wichtiger Schritt:

-zur Stärkung der kommunalen Demokratie

-zur Förderung von Vielfalt in den Räten

-zur Anerkennung ehrenamtlicher politischer Arbeit

Demokratie darf keine Frage des Geldbeutels sein.